

Niederschrift

über die 10. Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaftsförderung und Digitalisierung am Montag, dem 05.06.2023 im großen Sitzungssaal des Kreishauses I, Friedrich-Ebert-Straße 7, 48653 Coesfeld

Beginn: 16:30 Uhr

Ende: 17:50 Uhr

Anwesenheit:

CDU-Kreistagsfraktion

Bolte, Rainer
Brambrink, Markus
Gochermann, Josef, Prof. Dr.
Henrichmann, Marc
Kleerbaum, Klaus-Viktor
Lenter, Andreas
Löcken, Claus
Merten, Michael
Mondwurf, Günter
Schulze Esking, Werner
Wessels, Wilhelm
Wobbe, Ludger Vertretung für Herrn Dr. Julian Allendorf

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Kreistagsfraktion

Kraft, Ulrich
Lützenkirchen, Christoph
Niermann, Ursula Elisabeth
Oertel, Waltraud
Spräner, Uta Vertretung für Herrn Norbert Vogelpohl

SPD-Kreistagsfraktion

Pohlschmidt, Anke
Tasler, Matthis
Verspohl, Monika
Waldmann, Johannes

FDP-Kreistagsfraktion

Schürkötter, Ingo Robert

UWG-Kreistagsfraktion

Kirstein, Günter, Dr.

FAMILIE-Kreistagsfraktion

Geuking, Niels

beratende Mitglieder

Hams, Burkhard

Gäste

Grüner, Jürgen, Dr.
Geschäftsführer wfc
Leiking, Monika
Münsterland e. V.
Tacke-Klaus, Dr. Kirsten
wfc

Verwaltung

Tepe, Linus, Dr.
Grotke, Jutta
Raabe, Mathias
Daldrup Kathrin
Schriftführerin
Lügering, Jannik
Schriftführer

Der Ausschussvorsitzende Prof. Dr. Josef Gochermann eröffnet die Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaftsförderung und Digitalisierung mit Grußworten an die Ausschussmitglieder, die Vertreter der Verwaltung, die Presse und die Zuhörer.

Sodann stellt der Ausschussvorsitzende fest, dass der Ausschuss

- a) ordnungsgemäß geladen und
- b) gem. § 34 KrO i. V. m. § 41 KrO beschlussfähig ist.

Es wird sodann nach folgender Tagesordnung beraten und beschlossen:

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Implementierung einer Nachhaltigkeitsberichterstattung beim Kreis Coesfeld
Vorlage: SV-10-0916
- 2 Bericht zur Projektierung einer nachhaltigen Kapitalbeschaffung über einen Green Bond am Beispiel der Stadt Münster und dessen Übertragbarkeit auf den Kreis Coesfeld
Vorlage: SV-10-0932
- 3 Künstliche Intelligenz; Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 17.05.2023
Vorlage: SV-10-0940
- 4 Anschlusspunkte an Wasserstoff-Transportleitungen; Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 17.05.2023
Vorlage: SV-10-0941
- 5 "Hardwarepauschale" für stimmberechtigte Beiratsmitglieder; Antrag eines stimmberechtigten Beiratsmitglieds vom 17.03.2023
Vorlage: SV-10-0870/1
- 6 Bericht über die Verwendung der Mittel nach dem Kommunalinvestitionsförderungsgesetz und dem Landesprogramm Gute Schule 2020
Vorlage: SV-10-0883
- 7 Bericht über die Aktualisierungen in der Dienst- und Geschäftsanweisung für das Finanzwesen des Kreises Coesfeld - DuGA Finanzen
Vorlage: SV-10-0857
- 8 Fachkräftesicherung im Kreis Coesfeld - aktueller Stand der Maßnahmen der wfc
Vorlage: SV-10-0935
- 9 Mitteilungen des Ausschussvorsitzenden bzw. des Landrates
- 10 Anfragen der Ausschussmitglieder

Nichtöffentlicher Teil

- 1 Mitteilungen des Ausschussvorsitzenden bzw. des Landrates
- 2 Anfragen der Ausschussmitglieder

TOP 1 öffentlicher Teil

SV-10-0916

Implementierung einer Nachhaltigkeitsberichterstattung beim Kreis Coesfeld

Kreisdirektor Dr. Tepe fasst die wesentlichen Inhalte der Sitzungsvorlage zusammen und erläutert, dass nun verwaltungsintern beabsichtigt sei, die Konzeptionierung einer Nachhaltigkeitsberichterstattung anzugehen. Dabei seien sowohl klimapolitische als auch soziale und finanzielle Faktoren zu berücksichtigen. Die Nachhaltigkeitsberichterstattung solle einen Mehrwert für die Politik schaffen. Dabei solle der Aufwand für die Verwaltung in einem angemessenen Umfang bleiben, so Kreisdirektor Dr. Tepe.

Sodann lässt der Ausschussvorsitzende Prof. Dr. Gochermann über den Beschlussvorschlag abstimmen.

Beschluss:

Dem Kreisausschuss wird empfohlen, dem Kreistag folgenden Beschlussvorschlag zu unterbreiten:

Die Verwaltung wird damit beauftragt, dem Kreistag für die Sitzungsfolge: Ausschuss für Finanzen, Wirtschaftsförderung und Digitalisierung am 27.11.2023, Kreisausschuss am 29.11.2023 sowie Kreistag am 05.12.2023 einen konzeptionellen Vorschlag zu unterbreiten, wie eine künftige Nachhaltigkeitsberichterstattung beim Kreis Coesfeld ausgestaltet werden könnte.

Form der Abstimmung: offen per Handzeichen
Abstimmungsergebnis: einstimmig

TOP 2 öffentlicher Teil

SV-10-0932

Bericht zur Projektierung einer nachhaltigen Kapitalbeschaffung über einen Green Bond am Beispiel der Stadt Münster und dessen Übertragbarkeit auf den Kreis Coesfeld

Die nachhaltige Kapitalbeschaffung über einen Green Bond sei ausführlich in der Sitzungsvorlage am Beispiel der Stadt Münster beschrieben, erläutert Kreisdirektor Dr. Tepe eingangs. Der Bericht sei nach einem Austausch zu diesem Thema mit Ktabg. Vogelpohl erstellt worden. Im Ergebnis sei die nachhaltige Kapitalbeschaffung über einen Green Bond für den Kreis Coesfeld nicht zielführend, da das zu generierende Finanzvolumen nicht erreicht werde und die Auflage eines kommunalen Green Bonds sehr aufwändig sei. Dies sei eher für Kommunen ab einer gewissen Größe wirtschaftlich sinnvoll.

Der Bericht zur nachhaltigen Kapitalbeschaffung über einen Green Bond am Beispiel der Stadt Münster und dessen Übertragbarkeit auf den Kreis Coesfeld wird zur Kenntnis genommen.

TOP 3 öffentlicher Teil

SV-10-0940

Künstliche Intelligenz; Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 17.05.2023

Ktabg. Waldmann führt aus, dass der Antrag als Auftakt gemeint sei. Künstliche Intelligenz sei ein aktuell präsent Thema. Die Technologie solle im Sinne des Kreises Coesfeld genutzt werden. Hierzu solle zunächst erarbeitet werden, welche Chancen und Risiken bei dem Einsatz von künstlicher Intelligenz bestehen und mögliche Einsatzbereiche identifiziert werden.

Ktabg. Schürkötter signalisiert seine Unterstützung des Antrages und weist darauf hin, dass mögliche Risiken nicht überbewertet werden sollten. Denn der Einsatz von künstlicher Intelligenz werde beispielsweise auch zur Bildung neuer Berufsfelder führen. Er stellt die Frage, ob innerhalb der Kreisverwaltung bzw. der wfc genügend Fachexpertise vorhanden sei oder externe Unterstützung benötigt werde.

Kreisdirektor Dr. Tepe erläutert, dass der Einsatz von künstlicher Intelligenz auch für die Kreisverwaltung von Interesse sei. So sei der Einsatz von Robotik im Gesundheitsamt, finanziert über den ÖGD-Pakt, angedacht. Innerhalb der Verwaltung sei kein KI-Experte vorhanden.

Ausschussvorsitzender Prof. Dr. Gochermann ist der Meinung, dass der Antrag zu weit gefasst sei, da das Thema Künstliche Intelligenz breit gefächert sei. Der Schwerpunkt solle auf der Wirtschaftsförderung und der internen Verwaltungsdigitalisierung liegen.

Ktabg. Lützenkirchen ergänzt, dass Künstliche Intelligenz dazu beitragen könne, den Arbeitskräftemangel zu reduzieren, beispielsweise durch den Einsatz von künstlicher Intelligenz in der Buchhaltung. Der Antrag sei aufgrund fehlender Erfahrung seiner Meinung nach zu früh.

Ausschussvorsitzender Prof. Dr. Gochermann fasst nochmal zusammen, dass der Schwerpunkt auf der Wirtschaftsförderung und internen Verwaltungsdigitalisierung liegen solle und lässt sodann über den Beschlussvorschlag der SPD abstimmen.

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, zusammen mit der Wirtschaftsförderung einen aktuellen Bericht über die Einsatzbereiche der künstlichen Intelligenz (KI) im Kreis Coesfeld vorzubereiten und vorzustellen. Auch soll eine Perspektive über Chancen und Risiken für die zukünftige Entwicklung der KI vor dem Hintergrund Beratung von Betrieben, Institutionen, Betriebs- und Personalräte gegeben werden.

Form der Abstimmung: offen per Handzeichen

Abstimmungsergebnis: einstimmig

TOP 5 öffentlicher Teil

SV-10-0870/1

"Hardwarepauschale" für stimmberechtigte Beiratsmitglieder; Antrag eines stimmberechtigten Beiratsmitglieds vom 17.03.2023

Ausschussvorsitzender Prof. Dr. Gochermann zieht in Absprache mit den Ausschussmitgliedern Tagesordnungspunkt 5 vor, da für die Beratung der Tagesordnungspunkte 4 und 8 noch auf Herrn Dr. Grüner, Geschäftsführer der wfc, gewartet werden solle.

Ktabg. Kleerbaum erläutert, dass er im Vorfeld mit Kollegen gesprochen habe, weshalb in diesem Fall eine Sonderregelung gelten solle. Für sachkundige Bürger gebe es auch keine. Den Mitgliedern im Teilhabebeirat werde auch eine Aufwandsentschädigung gezahlt. Darüber seien Auslagen und Aufwendungen im Zusammenhang mit dem Mandat abgedeckt. Er bittet darum, die Entscheidung auf den Kreisausschuss zu vertagen.

Ktabg. Verspohl berichtet als beratendes Mitglied des Teilhabebeirats, dass zum Teil besondere Hard- und Software benötigt werde.

Ktabg. Kleerbaum entgegnet, dass ihm dies so nicht bekannt gewesen sei und mit diesem Wissen nun entschieden werden solle.

Bei rund 90 sachkundigen Bürgerinnen und Bürgern sei mit Kosten von rund 20.000 Euro zu rechnen, so Kreisdirektor Dr. Tepe. Er fragt die Ausschussmitglieder, welche Informationen verwaltungsseitig bereitgestellt werden sollen.

Ktabg. Waldmann signalisiert seine Zustimmung, die Entscheidung auf den Kreisausschuss zu vertagen. Fraglich sei, ob ein Sonderfall vorliege. Wenn nicht, solle die aktuelle Regelung beibehalten werden.

Ktabg. Mondwurf weist als stellv. Vorsitzender des Teilhabebeirats auch darauf hin, dass die Behinderungen der Mitglieder besondere Technik erfordere.

Die Abstimmung wird im Einvernehmen aller Ausschussmitglieder auf den Kreisausschuss vertagt.

TOP 4 öffentlicher Teil

SV-10-0941

Anschlusspunkte an Wasserstoff-Transportleitungen; Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 17.05.2023

Ktabg. Waldmann berichtet, dass er in der vergangenen Woche an einer der Regionalkonferenzen der wfc zu diesem Thema teilgenommen habe. Er hoffe, dass auf Bundesebene dieses Jahr noch die notwendige Regulatorik für den Ausbau der Fernleitungen beschlossen werde, damit die Fernleitungsnetzbetreiber Planungssicherheit für ihre Projekte haben. Die Anschlusspunkte in der Region müssen für diese Planungen rechtzeitig feststehen. Es sei darauf zu achten, dass die Strecke zwischen den Anschlusspunkten und Abnehmern gering sei, weshalb die Andockung an Gewerbegebiete vermutlich sinnvoll sei. Wenn die Anschlusspunkte vor Inbetriebnahme der Pipelines festgelegt werden, dann sei

es ein Fünffaches günstiger, als wenn diese im Nachhinein angeschlossen werden. Zu planen seien jetzt zudem nicht nur die Anschlusspunkte selbst, sondern auch wie die Leitungen danach weiter verlaufen sollen.

Herr Dr. Grüner ergänzt, dass es drei Regionalkonferenzen als Auftakt gegeben habe. Die letzte war in der vergangenen Woche in Lüdinghausen. Daran schließen sich jetzt lokale Veranstaltungen an, um die ansässigen Unternehmen mit den Netzbetreibern zusammenzubringen und die Bedarfe möglichst konkret zu ermitteln. Die erste dieser Veranstaltung war nun in der vergangenen Woche in Billerbeck. Sicherlich sei es aktuell schwierig eine Investitionsentscheidung zu treffen, da hohe Risiken damit verbunden sein können. Ziel sei es zurzeit alle Nutznießer der Wasserstoff-Transportleitungen ausfindig zu machen und für das Vorhaben zu gewinnen. Besonders im Fokus läge der energieintensive Mittelstand. Die geplante Zeitschiene habe Herr Dr. Grüner bereits in der letzten Sitzung dargestellt.

Auf Nachfrage des Ausschussvorsitzenden Prof. Dr. Gochermann erklärt Ktabg. Waldmann, dass der Verwaltungsbeschlussvorschlag vorberaten wurde und sich die SPD-Fraktion diesem anschließen werde.

Herr Dr. Grüner erklärt auf Nachfrage von S.B. Kraft, dass Einspeiser von Wasserstoff als Interessengruppe mitgedacht werden, der Kreis Coesfeld aber am Ende vom Wasserstofftransport ins Kreisgebiet abhängig sein werde. Daher bestehe ein Fokus derzeit darauf, Zugang zu den überregionalen Transportpipelines zu erlangen

Ktabg. Waldmann ergänzt, dass wenn Wasserstoff zum Beispiel von einem Windrad in die Transportleitung eingespeist werden solle, mit sehr langen Zuleitungen zu planen sei. Es gehe hier aber vorrangig darum, die Verbraucher von Wasserstoff anzuschließen.

Sodann lässt der Ausschussvorsitzende Prof. Dr. Gochermann über den Beschlussvorschlag der Verwaltung abstimmen.

Beschlussvorschlag der Verwaltung:

Beschlussvorschlag der Verwaltung: Der Kreis Coesfeld arbeitet unter Federführung der wfc (Wirtschaftsförderung Kreis Coesfeld GmbH) und in enger Abstimmung mit der GFC (Gesellschaft des Kreises Coesfeld zur Förderung regenerativer Energien mbH) und den kreisangehörigen Städten und Gemeinden weiterhin daran, dass im Kreis Coesfeld Anschlusspunkte an die geplanten Wasserstoff-Transportleitungen realisiert werden und bemüht sich hierzu um einen engen Austausch mit den Netzbetreibern und den hiesigen Wirtschaftsunternehmen sowie um die Akquise von Fördermitteln

Form der Abstimmung: offen per Handzeichen

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Nach Beschlussfassung ergänzt Herr Dr. Grüner auf Nachfrage von bereits einigen Kreistagsabgeordneten, dass er keine der energieintensiven Unternehmen nennen kann, die nach einer Interessensabfrage der wfc dort gelistet sind, da die Abfrage unter Vertraulichkeit erfolgte. Die wfc habe aber eine Karte der Wasserstoff-Senken im Kreis Coesfeld erstellt. Diese werde der Niederschrift beigelegt (s. Anlage 1).

TOP 6 öffentlicher Teil

SV-10-0883

Bericht über die Verwendung der Mittel nach dem Kommunalinvestitionsförderungsgesetz und dem Landesprogramm Gute Schule 2020

Der Bericht über die Verwendung der Mittel nach dem Kommunalinvestitionsförderungsgesetz und dem Landesprogramm Gute Schule 2020 wird zur Kenntnis genommen.

TOP 7 öffentlicher Teil

SV-10-0857

Bericht über die Aktualisierungen in der Dienst- und Geschäftsanweisung für das Finanzwesen des Kreises Coesfeld - DuGA Finanzen

Der Bericht über die Aktualisierungen in der Dienst- und Geschäftsanweisung für das Finanzwesen des Kreises Coesfeld – DuGA Finanzen wird zur Kenntnis genommen.

TOP 8 öffentlicher Teil

SV-10-0935

Fachkräftesicherung im Kreis Coesfeld - aktueller Stand der Maßnahmen der wfc

Herr Dr. Grüner und Frau Dr. Kirsten Tacke-Klaus von der wfc sowie Frau Monika Leiking vom Münsterland e.V. halten eingangs einen Vortrag. Die Präsentation ist als Anlage 2 zur Niederschrift beigelegt.

Ktabg. Mondwurf möchte im Anschluss zum einen wissen, ob es auch Unternehmen gibt, die Wohnraum für zum Beispiel Rückkehrer zur Verfügung stellen. Zum anderen möchte er wissen, ob Homeoffice ein häufiger Faktor ist, den die Arbeitnehmenden einfordern.

Frau Leiking erklärt zur Homeoffice-Anfrage, dass dies schon eine häufige Frage sei, aber es meist eher um flexible Arbeitszeitmodelle und flexible Arbeitsorte gehe. Dies sei vor allem bei Familien wichtig, die als Rückkehrer wieder ins Münsterland ziehen wollen. Die Flexibilität sei meist noch wichtiger als das Geldliche, aber die Unternehmen seien in diesem Bereich schon gut aufgestellt.

Zur Anfrage bezüglich des Wohnraums erläutert Frau Leiking, dass das UKM dies zum Beispiel mache, aber mittelständige Unternehmen sich das meist nicht leisten können. Wohnraum sei ein generelles Problem, dem sich auch die Kommunen annehmen müssten, so Frau Leiking.

Ktabg. Schulze Eskinig meint, dass es wichtiger sei die Bürokratie abzubauen um dort Hürden und Per-

sonalaufwand zu verringern. Er wolle zudem wissen, ob die 4-Tage-Woche aktuell ein großes Thema sei.

Frau Leiking berichtet, dass die 4-Tage-Woche in der nächsten Woche das Thema des Arbeitgeber-Netzwerkes sei. Dazu konnte sie eine Handwerksfirma aus dem Kreis Steinfurt gewinnen, die die 4-Tage-Woche bereits umsetze. Da die Mitarbeitenden vorher schon häufig 10 Stunden am Tag gearbeitet haben, sei der gesetzte freie Freitag für alle ein Mehrwert, da hier auch zum Beispiel kein Homeoffice möglich sei.

Frau Dr. Tacke-Klaus ergänzt, dass dies auch nicht nur für die junge Generation interessant sei, sondern auch die Älteren dies präferieren.

Auf Nachfrage von Ktabg. Wobbe erläutert Frau Leiking, dass einmal im Jahr ein Treffen mit den Wirtschaftsförderungen im Münsterland stattfindet und dort die Landingpages immer nochmal vorgestellt würden. Häufig seien andere Themen bei den Wirtschaftsförderungen und Kommunen im Vordergrund, aber die Landingpages würden immer mehr nachgefragt. Der Münsterland e.V. unterstützt kostenfrei alle Interessierten an einer Landingpage, auch mit Textvorschlägen und Bildern.

Der Ausschussvorsitzende Prof. Dr. Gochermann bedankt sich für den Vortrag, aber auch für das große Engagement in diesem Thema.

Auf Nachfrage von Herrn Hams erklärt Frau Leiking, dass behinderte Menschen nicht aktiv angesprochen werden, aber durchaus bereits an Beratungsgesprächen teilgenommen haben. Für behinderte Menschen sei es oft schwieriger Fuß zu fassen, da sie aufgrund ihrer Beeinträchtigung örtlich gebundener seien. Jedoch werde allen interessierten Menschen eine Unterstützungsmöglichkeit geboten und die Beratungen seien offen für alle Personengruppen.

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

TOP 9 öffentlicher Teil

Mitteilungen des Ausschussvorsitzenden bzw. des Landrates

Nachtrag der Verwaltung:

Auswirkungen des Tarifabschlusses auf den Personaletat 2023

Bei Aufstellung des Haushaltes 2023 war der Tarifabschluss für den öffentlichen Dienst noch unbekannt. Für eine möglichst realitätsnahe Darstellung wurde der Personaletat mit einer Tarifsteigerung von 3,5 % ab dem 01.01.2023 zu Grunde berechnet. Dies macht im Haushalt 2023 einen Betrag in Höhe von ca. 1.3 Mio. € (inkl. Sozialversicherungsbeiträgen) aus.

Der tatsächliche Abschluss der Tarifverhandlungen sieht nun für 2023 eine Sonderzahlung von 1.240 € im Juni 2023 vor. In den Monaten Juli 2023 bis einschließlich Februar 2024 werden monatliche Sonderzahlungen in Höhe von 220 € geleistet. Die Zahlungen aus dem Inflationsausgleichsgeld summieren sich auf insgesamt 3.000 € und sind steuer- und abgabenfrei.

Studierende, Auszubildende sowie Praktikantinnen und Praktikanten erhalten abweichend von den

oben genannten Regelungen im Juni 2023 ein Inflationsausgleichsgeld von 620 Euro und ab Juli 2023 bis Februar 2024 monatlich 110 Euro.

Die Ergebnisse des Tarifabschlusses bedeuten für den Kreis Coesfeld einen Aufwand von gut 1,4 Mio.€. Mit den bereits eingeplanten 1,3 Mio. € ist der Tarifabschluss fast vollständig im Haushalt abgedeckt.

TOP 10 öffentlicher Teil

Anfragen der Ausschussmitglieder

keine

Prof. Dr. Gochermann
Ausschussvorsitzender

Lügering
Schriftführer